

TOP 2: Erneuerung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den im Landtag vertretenen Fraktionen zu Besuchen von Abgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern von Parteien bei staatlichen Dienststellen
- Staatskanzlei -

Beschluss:

1. Der Ministerrat nimmt die Erneuerung der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den im Landtag vertretenen Fraktionen zu Besuchen von Abgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern von Parteien bei staatlichen Dienststellen (Bekanntmachung der Staatskanzlei vom 21. März 2014 - 01426-0001/2014 (MinBl. 2014, S. 27) zur Kenntnis.
2. Der Landtag wird im Anschluss an die Ministerratsbefassung durch die Staatskanzlei informiert.

Erläuterungen:

Die Landesregierung erneuert ihre Zustimmung zu der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den im Landtag vertretenen Fraktionen aus dem Jahr 2014 zu Besuchen von Abgeordneten und Vertreterinnen und Vertretern von Parteien bei staatlichen Dienststellen sowie bei staatlichen Bildungseinrichtungen (MinBl. 2014, S. 27), nachdem die in der 18. Wahlperiode im Landtag vertretenen Fraktionen der Vereinbarung erneut zugestimmt haben. Die Vereinbarung dient der Wahrung der staatlichen Neutralität im Vorfeld von Wahlen.